

P2 Horst is watching you!

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 11.02.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 2 Inhaltlicher Schwerpunkt

1 In den letzten Jahrzehnten ist Überwachung zu einem festen Bestandteil
2 autoritärer Innenpolitik geworden. Die massiven Grundrechtsverletzungen können
3 längst nicht mehr mit dem "Krieg gegen den Terror" begründet werden. Der Staat
4 dringt in unsere Privats- und Intimsphäre ein um uns auszuspähen - alles unter
5 dem Vorwand der Sicherheit. Klar ist dabei auch: Mit mehr Überwachung stirbt
6 auch die Freiheit. Denn wer nicht abschätzen kann, was überwacht wird, passt
7 sein Verhalten an.

8 Die Parole "Wer nichts zu verbergen hat braucht nichts zu befürchten" darf
9 niemals akzeptiert werden. Gläserne Menschen sind nicht die Grundlage eines
10 demokratischen Rechtsstaates - sie sind die Grundlage
11 autoritären Unrechtsstaates.

Schluss mit der Vorratsdatenspeicherung!

13 Ein Beispiel für die Überwachungsfantasien für CDU und SPD ist der
14 innenpolitische Zombie der Vorratsdatenspeicherung. So ist es in seiner ersten
15 Fassung vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt worden. Doch
16 unter der Großen Koalition 2013 feierte es sein Revival - mehr noch, es sollte
17 sogar auf die Sozialen Medien ausgeweitet werden. Im Dezember 2016 erklärte der
18 europäische Gerichtshof dann die anlasslose Vorratsdatenspeicherung für illegal
19 - deutsche Gerichte bestätigten die Einschätzung. Seitdem ist die
20 Vorratsdatenspeicherung ausgesetzt - aber immernoch da.

21 Die Vorratsdatenspeicherung stellt jeden Menschen unter Generalverdacht. Die
22 anlasslose Speicherung von Nutzer*innendaten greift nicht nur in unsere
23 Privatsphäre ein - wir alle verlieren die Kontrolle über unsere Daten. Dabei ist
24 sogar der Nutzen der Vorratsdatenspeicherung äusserst umstritten. Wir fordern
25 ein Ende um die Symbolpolitik der Vorratsdatenspeicherung, sowie ihr endgültiges
26 Ende.

27 **Staatstrojaner brechen in unsere Rechner ein - für ein Ende der Quellen-TKÜ!**

28 Ein weiteres Instrument der gezielten Überwachung ist die
29 Quellentelekommunikationsüberwachung, bei der Endgeräte wie Handys und Computer
30 mit selbstentwickelten Trojanern infiziert werden, um sie auszuspähen. Dieser
31 heimtückisch gezielte und oft unbemerkte Angriff auf die Intimsphäre der
32 Betroffenen stellt eine Gefahr für unsere Demokratie dar. So wird die Quellen-
33 TKÜ mit der Bekämpfung des Terrors argumentiert - entsprechende Gesetze jedoch
34 bewusst offen gelassen, um auch einen anderweitigen Einsatz zu ermöglichen.

35 Wenn für die Verwendung der Quellen-TKÜ keine Bedingungen für deren Einsatz
36 definiert werden, könnten faktisch bei entsprechendem Verdacht sogar kleinere
37 Straftaten betroffen sein. Dabei ist nicht nur die Privatsphäre der mutmaßlich
38 verdächtigen Person betroffen - der "Beifang" beispielsweise von Chats betrifft
39 auch die Privatsphäre unbetroffener Menschen. Die Folgen sind kaum abzuschätzen.

40 Wir fordern deshalb ein Ende der Entwicklung und des Einsatzes der Quellen-TKÜ.
41 Ein Staat, der seine Bürger*innen hackt und in ihrer Privatsphäre schnüffelt
42 kann sich nicht als Rechtsstaat bezeichnen.

43 **Vernetzte Videoüberwachung mit Gesichtserkennung? Ein Albtraum für jede** 44 **Demokratie!**

45 Projekte wie am Berliner Südkreuz, bei denen Freiwillige sich von einer
46 vernetzten Videoüberwachung mit Gesichtserkennung überwachen lassen, zeigen den
47 aktuellen Trend in der Überwachung. Der öffentliche Raum soll nicht nur mehr
48 überwacht werden - er soll sogar intelligent, effizient und automatisiert
49 beobachtet werden.

50 Vorfälle in U-Bahnen mit Körperverletzung werden dabei als Vorwand genutzt, um
51 mehr Videoüberwachung zu fordern. Dabei verhindert Videoüberwachung keine
52 Straftaten. Mehr noch: Mehr Videokameras weiten das Überwachungsnetzwerk aus, in
53 dem Menschen intelligent und automatisiert mit Gesichtserkennung überwacht
54 werden. Auf diese Weise sind detaillierte Bewegungsprofile möglich.

55 Der Staat will wissen, wo sich ihre Bürger*innen befinden. Unsere Reise wird
56 genau beobachtet - welche Züge wir nehmen, wo wir aussteigen und wer uns auf der
57 Reise begleitet - dank der vernetzten Videoüberwachung mit Gesichtserkennung
58 weiß der Staat schon bald bescheid.

59 Ein Horror-Szenario für jede Demokratie! Vernetzte Videoüberwachung gefährdet
60 unsere Freiheit. Wir fordern deswegen ein Ende der Finanzierung der Forschung um
61 Überwachungssystemen zur intelligenten Videoüberwachung. Statt mehr Kameras
62 fordern wir die Bewegungsfreiheit im öffentlichen Raum - ohne Videoüberwachung.

63 **Europäische Projekte zur Super-Überwachung nicht mehr unterstützen!**

64 Doch die größten und gefährlichsten Projekte der Super-Überwachung werden von
65 der EU unterstützt. Bei ihnen geht es darum, sämtliche Überwachungssysteme zu
66 vernetzen. Auf diese Weise soll ein Super-Überwachungssystem entstehen, welches
67 die Daten von Sozialen Medien, Videoüberwachung, Polizeiakten, Wirtschaft und
68 viele mehr mit einander verbinden soll.

69 Solche Systeme sind nicht nur ein Traum für autoritäre Tendenzen und Diktaturen
70 - sie sind die größte Gefahr für unsere Freiheit und Demokratie! Es ist
71 abzusehen, dass diese Systeme zu einer staatlichen Kriminalisierung von
72 progressiven und antiautoritären politischen Bewegungen führen werden. Es wäre
73 das Ende des politischen Engagements und der Beginn eines autoritären
74 Polizeistaates.

75 Die von diesen Projekten angestrebte Super-Überwachung darf es niemals geben.
76 Wir fordern daher ein Ende der Forschung zur Vernetzten Überwachung auf EU-
77 Ebene.

78 Aktuell befinden wir uns in einer nicht enden wollenden Spirale des Ausbaus von
79 Überwachung. Für eine funktionierende Demokratie brauchen wir jedoch nicht mehr
80 Überwachung, sondern mehr Freiheit! Wir brauchen deswegen eine Trendwende in der
81 Innenpolitik - hin zu mehr Freiheit, weniger Misstrauen und ohne Überwachung.